

07/29.11.12

Pläne für Baugebiet nach Protest gekippt

Lüdersdorfer Gemeindevertretung nimmt Beschlüsse zurück. SPD kritisiert Huzel.

Von Jürgen Lenz

Herrnburg - Nach Protesten von Landeigentümern hat die Lüdersdorfer Gemeindevertretung ihren Beschluss zur Einleitung des Umlegungsverfahrens „Herrnburg Ortsmitte“ aufgehoben. Das Verfahren sollte Grundstücke unweit der Hauptstraße so ordnen, dass 60 Bauplätze für ein Wohngebiet entstehen. Den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Ortsmitte Alt Herrnburg“ nahm die Gemeindevertretung in einer turbulenten Sitzung am Dienstagabend ebenfalls mit Stimmen aus allen Fraktionen zurück.

Wie berichtet, machte sich eine Bürgerinitiative gegen die am 25. September beschlossene Einleitung des Umlegungsverfahrens stark. Sie forderte es sofort einzustellen. Es könne nicht angehen, dass fast 25 Jahre nach dem Fall der Mauer die Eigentumverhältnisse nicht respektiert würden. Thomas Böhm (SPD) sagte am Dienstagabend: „Dieses Verfahren spiegelt wider, wie es um die demokratischen Verhältnisse in der Gemeinde Lüdersdorf bestellt ist.“ Es gebe diverse „Verflechtungen“. Aufträge der Kommune würden immer an die selben Planer und Entwicklungsträger vergeben. Böhm kritisierte: „Es ist uns suggeriert worden: Die Bürger wollen das Baugebiet selbst. Ich fühle mich als Gemeindevertreter getäuscht.“

Noch im September dieses Jahres sagte Hans-Peter Schulz (SPD-Fraktion), die Mitglieder des Bauausschusses der Gemeindevertretung seien einvernehmlich zur Ansicht gekommen, das Umlegungsverfahren und die Aufstellung des Bebauungsplans jetzt in Angriff nehmen. Bereits am 28. September 2010 stimmten 15 von 17 Gemeindevertretern für einen Grundsatzbeschluss: „Die Gemeinde Lüdersdorf beabsichtigt, eine Wohnbauentwicklung in Alt Herrnburg im Bereich zwischen der Hauptstraße, der Eisenbahnlinie und östlich begrenzt durch den Palinger Bach zu entwickeln, die darüber hinaus den Ortsmittel-

punkt stärkt.“ Dagegen sprachen sich die beiden Gemeindevertreter der Wählergemeinschaft „Bürger für Lüdersdorf“ (BfL) aus. Sie stellten am Dienstagabend den von der SPD-Fraktion ausdrücklich befürworteten Antrag, die Beschlüsse für den Bebauungsplan und das Umlegungsverfahren aufzuheben. Begründung: „Dem öffentlichen und privaten Interesse der Bürger soll von der Gemeinde Lüdersdorf Rechnung getragen werden – und um weitere zusätzliche Kosten zu vermeiden, wird das weitere Vorgehen sofort gestoppt.“ Es sei Tatsache,

☛☛ Dieses Verfahren spiegelt wider, wie es um die demokratischen Verhältnisse in der Gemeinde Lüdersdorf bestellt ist.“

Thomas Böhm (SPD)

„dass sich 22 Eigentümer von 27 Eigentumsverhältnissen, deren Eigentümer sich in der Umlegungsfläche befinden, gegen die Anordnung des Umlegungsverfahrens und die Bebauung des Umlegungsgebietes ausgesprochen haben.“ Der BfL-Fraktionsvorsitzende Bernhard Strutz sagte: „Wir hatten von Anfang an Bedenken vorgebracht.“ Die BfL argumentierte, Alt Herrnburg könne durch das geplante Wohngebiet zersiedelt werden. Nun sei der Unmut bei den Bürgern groß.

Der Lüdersdorfer Bürgermeister Erhard Huzel (CDU) sagte am Dienstagabend bereits vor dem Rücknahmebeschluss: „Die Umlegung wird nicht eingeleitet.“ Es gebe eine aufgebrachte Stimmung. Die Interessenlagen der Eigentümer seien unterschiedlich. „Wir würden, wenn wir es noch einmal beginnen würden, anders machen“, sagte Huzel. Denkbar sei ein Aufstellungsbeschluss für „ein Restgebiet – wenn man es denn will.“ Böhm warf ein: „Ich habe den Eindruck, dass Sie sich möglichst elegant aus der Sache herauslavieren wollen.“ Huzel entgegnete: „Ich will mich nirgendwo herauslavieren. Es geht um die richtigen Schritte.“ Zu Anwohnerversammlungen, wie es sie gab, könne erst eingeladen werden, wenn es etwas Konkretes gäbe, über das gesprochen werden könne. Schulz hingegen kritisierte: „Es ist immer gewollt gewesen, die Eigentümer rechtzeitig einzubeziehen. Das haben Sie nicht getan.“